

Die Vorstellung einer geschlossenen katholischen Welt, von der sich das Konzil in seinen Äußerungen so entschieden freigemacht hat, sollte nicht in Gestalt eines geschlossenen Organisationskatholizismus erneut beschworen werden. Der entsprechende Versuch wäre in der realen gesellschaftlichen Situation von heute nichts als ein Aufstellen Potemkinscher Dörfer.

Weit schwieriger als die hier anstehende Flurbereinigung im Bereich des Organisationskatholizismus ist aber eine andere Forderung des Konzils, nämlich das Verlangen nach reinlicher Scheidung zwischen dem, was die Christen als Christen zusammen mit ihren Bischöfen unternehmen, und dem, was sie als Bürger wesentlich aus eigener Verantwortung, wenn auch geleitet von ihrem christlichen Gewissen, tun. In vollem Maße ernstgenommen, bedeutet diese Forderung nichts anderes als den Verzicht auf die bisherige breite Deckung der gesellschaftlich-politischen Aktivitäten des deutschen Katholizismus durch die kirchliche Hierarchie. Vieles, was bisher weniger als selbstverantwortete politische Aktivität denn als Derivat religiöser Zugehörigkeit erschien, wird jetzt in eine Selbständigkeit entlassen, die neu ist und der Einübung bedarf. Das bedeutet keineswegs eine Schwächung, ein geringeres Ernstnehmen des politischen Engagements – gehen die Konzilstexte doch gerade, wie wir sahen, von der vollen Mündigkeit dessen aus, der in diesem Bereich aus seiner christlichen Verantwortung heraus tätig wird. Aber die alte, ganz selbstverständliche Einheit dieses Bereichs mit kirchlich-hierarchischer Lehre und Weisung wird einem differenzierten Verhältnis beider Platz machen müssen – auf die Dauer gewiß ein Gewinn sowohl für das Lehr- und Hirtenamt wie für den christlichen Politiker, im Augenblick freilich noch für viele (und eigentümlicherweise besonders für viele Laien) eine »Rede, hart zu hören«.

Hierher gehört auch das Verhältnis »Katholik und christliche Partei« – zweifellos einer der neuralgischen Punkte in dem hier beschriebenen, stark in Bewegung gekommenen Gebiet. Auch hier muß wieder vorausgeschickt werden, was schon früher zu betonen war: daß das Konzil dem freien Zusammenschluß von Christen als Bürgern zur Erreichung bestimmter gesellschaftlich-politischer Ziele nicht nur nichts in den Weg gelegt, daß es ihn sogar ermuntert hat – freilich in viel stärkerem Maße auf eigene Verantwortung der Laien hin. Aber liegt in der Freisetzung des christlichen politischen Handelns vom Druck kirchlich-hierarchischer Gebrauchsanweisungen nicht gerade eine große Chance für die entsprechenden politischen Kräfte, zur vollen Breite und Selbständigkeit des Politischen durchzustoßen? Und entspringt der vielberedete »Machtverzicht« der Hierarchie auf diesem Gebiet nicht gerade dem Respekt vor einer Realität, die eben nicht nach allgemeinen Regeln

der Ethik und des Naturrechts von oben beherrscht werden kann, sondern in geduldiger Kleinarbeit und unberrbarbarer Sachlichkeit erschlossen werden muß? Ist es so wenig, wenn an die Stelle institutioneller Einwirkung und »Parallelaktion« stärker als bisher der seelsorgliche Dienst am christlichen Politiker tritt? Ist der pädagogischen Einwirkung der Kirche auf den *civis christianus* und der richtig verstandenen Eigenständigkeit des Laienamtes nicht durch eine behutsame Kompetenzabgrenzung besser gedient als durch wechselseitige überhöhte Ansprüche, die mit Enttäuschungen auf beiden Seiten enden?

Endlich noch die letzte Frage, die das Konzil in diesem Bereich an den deutschen Katholizismus stellt – die Frage, ob eine öffentliche, eine politische Repräsentation des Katholizismus als einer bestimmten nationalen, geschichtlichen Erscheinung *neben* der hierarchischen Kirche überhaupt noch nötig und möglich ist. Die Frage ist für den deutschen Katholizismus deswegen von besonderer Aktualität, weil er nach 1945 seine alte politische Repräsentation (im Zentrum) zugunsten der Zusammenarbeit in einer interkonfessionellen Partei aufgegeben und auch innerhalb dieser Partei auf eine spezifische Darstellung seiner Interessen (etwa in Gestalt eines katholischen Arbeitskreises) bewußt verzichtet hat. Soll er nun noch weitergehen und auf jeden Versuch organisierter politischer Willensbildung, oder sagen wir bescheidener: öffentlicher Stellungnahme zu politischen Fragen verzichten? Mir scheint, daß diese Frage sich nur aus der Analyse der jeweiligen gesellschaftlich-politischen Situation beantworten läßt. Hier sind, rein theoretisch, zwei Extreme möglich. Auf der einen Seite dies, daß das Gemeinwesen im ganzen schlechthin intransigrent und abweisend gegenüber katholischen Ansprüchen, Forderungen, Ideengehalten sich verhält – die Situation des deutschen Katholizismus im Deutschland der Kulturkampfezeit –: dann kann auf eine spezifische und ausgeprägte politische Repräsentation nicht verzichtet werden. Die andere Möglichkeit wäre die, daß das Gemeinwesen das Katholische (nicht im kirchlich-dogmatischen, sondern im geschichtlich-gesellschaftlichen Sinn) *vollständig* in den Verfassungskonsens übernimmt (das ist nach Auffassung der meisten amerikanischen Katholiken die Situation in den auf naturrechtlich-christlicher Basis fundierten Vereinigten Staaten): dann kann auf eine geschlossene, einheitliche politische Repräsentation zugunsten einer Vielzahl individueller oder gruppenmäßiger Optionen verzichtet werden. Die deutsche Situation scheint mir in der Mitte zwischen diesen Positionen zu liegen, wobei man darüber streiten kann, in welche Richtung sie sich gegenwärtig zu neigen beginnt.

Jedenfalls wird man nicht sagen können, daß das

¹ Der Autor stellt uns als seine Antwort auf unsere Frage den folgenden Abschnitt aus seinem Vortrag: *Unser politischer Auftrag*, den er auf dem vorjährigen Katholikentag in Bamberg gehalten hat, zur Verfügung.

Verständnis für unsere gesellschaftlich-geschichtliche Eigenart so allgemein ist, daß wir die Instrumente einer öffentlichen Repräsentation des Katholizismus ganz aus der Hand geben können. Wieweit die konfessionspezifischen Züge einer solchen Repräsentation sich ausprägen und betont werden, hängt dabei auch von unseren Partnern im Konzert der pluralistischen Gesellschaft ab. Nicht nur die deutschen Katholiken, auch die nationale Öffentlichkeit im ganzen entscheidet darüber, welchen Katholizismus sie haben wollen.

*Fritz Müller-Breitenmoser,
Vorsteher der Vormundschaftsbehörde, Basel:*

Noch vor einem knappen Jahrzehnt hätte im »offiziellen« katholischen Raum das Begriffspaar »Kirche-Parteipolitik« kaum Anlaß zu grundsätzlichen Diskussionen geboten. Es galt als selbstverständlich, daß christliche oder katholische Parteien (im westlichen Kontinentaleuropa) sich gleichsam als allein zuständig betrachteten, »christliche Politik« zu treiben und die Interessen »der Kirche« im staatlichen Bereich zu vertreten und zu schützen. Es war seit Jahrzehnten ebenso selbstverständlich, daß kirchliche Instanzen verschiedener Ebene auf mehr oder minder subtile Art ihren Einfluß auf katholische Parteigruppierungen – allgemein oder in Einzelfällen – spürbar werden ließen. Dabei sollten gewisse positive Ziele erreicht, mehr noch aber negative Entwicklungen verhindert, vor allem das Eindringen »weltlichen Denkens« oder kirchenfeindlicher Ideologien abgewehrt werden. Besonders extreme Ausprägung fand diese Haltung in Italien und Spanien. Und zum dritten wurde es von den meisten Katholiken als selbstverständlich erachtet, daß die Kirche – als stillen Dank für geleisteten Einsatz – vor Wahlen der christlichen bzw. katholischen Partei ihr besonderes Wohlwollen bekunde und ihre Schäfchen eindringlich vor den Gefahren der Unterstützung anderer Parteien warne.

Das Leitwort »Katholische Aktion« und das böse Wort vom »politischen Katholizismus« mögen als Erinnerungszeichen stehen für eine Zeit, die war, die aber mit dem Vatikanum II ihr Ende fand.

Nun soll das alles also nicht mehr gelten, nicht mehr wirksam sein, fragen einzelne auf beiden Seiten der bisherigen Partnerschaft besorgt? Gott sei Dank hat das Konzil hier eine Wende gebracht! Es ist eine Wende zum Heil und keineswegs zur Demontage christlicher Präsenz in Staat und Gesellschaft, wie Gestrige unken. Die Wende gründet in drei Ursachen: im neuen Selbstverständnis der Kirche, in der Mündigkeit des Laien und im Prinzip der religiösen Freiheit mit der Anerkennung des personalen Gewissensentscheides.

Das neue Selbstverständnis der Kirche: Da die Kirche nicht mehr als »Amtskirche« gesehen wird, sondern als »Volk Gottes«, und da sie somit nicht mehr außerhalb der ungläubigen Welt steht, ja sich vor ihr verschließt, sondern in dieser Welt

wirkt (wo Heil geschieht, ist Kirche), braucht die Kirche keinen »weltlichen Arm« – also eine ihr fügsame politische Partei –, um auf eine von ihr als feindlich betrachtete Welt politisch Einfluß nehmen zu können. Das konstantinische Bild möglichst weitgehender Kongruenz von christlichem Staat und katholischer Kirche ist von der Sicht einer pluralistisch strukturierten Welt abgelöst worden, in der kirchliche Hegemonieansprüche alter Prägung völlig anachronistisch erscheinen müßten. Die Kirche erkennt sich in zunehmendem Maße als Minderheit in der Welt, ja selbst im sogenannten christlichen Abendland. Sie wird durch soziologische und geistesgeschichtliche Entwicklungen wieder zur »kleinen Herde« des Evangeliums.

Immer mehr Probleme dieser Welt werden von Menschen durchdacht, erörtert und gelöst, die keine Beziehung zur Kirche haben, die aber sachlich für die Lösung dieser Aufgaben in jeder Hinsicht kompetent sind. Das Konzil hat heute das Wirken in »der Welt« als ureigenen Bereich des Laien anerkannt, für den er von der Sache her zuständig sei. Wenn wir unter Politik das aktive Bemühen um das menschliche Zusammenleben auf Staatsebene verstehen, so ist es ein fundamentaler Irrtum zu meinen, katholische Politik erschöpfe sich darin, spezifisch christlich-religiöse Forderungen in der Politik zu vertreten. Der Irrtum rührt daher, daß man Kirche und Partei verwechselt. Die Kirche als Amtskirche hat auch in einer christlichen Partei nichts zu bestimmen und nichts zu fordern, außer daß das Gesetz Gottes geachtet werde. Die Partei aber ist primär eine politische Institution, die sich mit politischen Denkmitteln um alle politischen Probleme zu mühen hat. Es war die Tragödie von 1933, daß das Zentrum als Partei vor Hitler kapitulierte (unter »kirchlichem« Einfluß), nur weil Hitler ein Konkordat, katholische Schulen und Kampf gegen Unsittlichkeit versprach, während der politische Unwert, ja die politische Katastrophe Hitlers dem Einsichtigen schon offenkundig sein mußte.

Karl Rahner erklärt, daß es im politischen Bereich eine relative Unzuständigkeit der Kirche gebe, ja daß man von einem eigentlichen Rückzug der Kirche aus der Politik reden könne. Das Konzil hat hier völlige Klarheit geschaffen. Neu und wichtig ist, daß es feststellt (vgl. Pastoralkonstitution, Nr. 43), die Seelsorger hätten nicht einmal für alle schweren Fragen im weltlichen Bereich die Kompetenz einer Antwort oder sogar einer Sendung. Die Laien werden auf ihre eigene Aufgabe vielmehr nachdrücklich hingewiesen, ebenso auf die nüchterne Tatsache, daß Christen bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu verschiedenen Urteilen kommen können. Rahner sagt dazu (Kleines Konzilskompandium, 433) klärend: »Der Idee eines christlichen »Monolithismus« und »Integralismus« wird damit entschieden abgesagt. Das Konzil erläßt für solche in der pluralistischen Welt häufige Situationen zwei Weisungen: Niemand hat das Recht, die Autorität der